

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1912**

59 (9.3.1912) Erstes Blatt

# Volkshfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage.  
Abonnementpreis: Ins Haus, durch Träger zugestellt, monatlich 75 Pf., vierteljährlich 2,25 M. In der Expedition und in den Plagen abgeholt, monatlich 65 Pf. Bei der Post bestellt und dort abgeholt 2,10 M., durch den Briefträger ins Haus gebracht 2,52 M. vierteljährlich

Redaktion: Luisenstr. 24, Tel.-Nr. 481  
Sprechstunde nur von 1/2 12—1/2 1 Uhr.  
Expedition: Luisenstr. 24, Tel.-Nr. 128  
Postfach-Conto Nr. 2650

Inserate: die einspaltige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg. Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. Schluß der Inseraten-Aufnahme für die nächste Nummer vorm. 1/2 1 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachm., aufgegeben sein. Geschäftsstunden der Expedition: Vormittags 7 bis abends 1/2 7 Uhr.

Druck und Verlag:  
Buchdruckerei G. & C. o., Karlsruhe.

Verantwortl. für Leitartikel, Deutsche Politik, Ausland, Bad. Politik, Aus der Partei, Gewerkschaftliches, Neues vom Tage und Letzte Nachrichten: Hermann Rabel; für den übrigen Inhalt: Hermann Winter; beide in Karlsruhe.

Für den Inseratenteil verantwortlich:  
Karl Siegler in Karlsruhe.

### Erstes Blatt.

Unsere heutige Nummer umfaßt 2 Blätter mit zusammen

### 16 Seiten.

### Vor allem Einigkeit!

Was wird im Ruhrrevier? Das ist die Frage, die heute die organisierten Arbeiter und ganz Deutschland angelegentlich als jede andere beschäftigt. Wie klein und nichtig erscheint gegenüber den Elementargehalten des sozialen Lebens, die sich im Bergrevier regen, der Präsidentenstreik im Reichstag? Da geht es um Titel, Symbole und Etiketten. Dort draußen aber prallen die großen Gegensätze unseres Zeitalters mit fürchterlicher Kraft aneinander, steht das Leben und Wohlergehen von Hunderttausenden, ja Millionen auf dem Spiel.

Was wird im Ruhrrevier? Nicht ohne einen Unterton der Sorge wiederholt sich die Frage. Die Unternehmer sind einig, die Arbeiter sind es nicht! Was die Einigkeit der Unternehmer, des finanzierten Grundkapitals bedeutet, darüber kann sich niemand täuschen. Es ist eine ungeheure, schwer bezwingbare Macht, die den Arbeitern in eiserner Geschlossenheit gegenübersteht.

Und die Arbeiter sind nicht einig. Vor sieben Jahren kämpfte der christliche Gewerksverein Schulter an Schulter mit den andern Verbänden. Vor der gemeinsamen Not, dem allgemeinen Interesse traten alle Gegensätze der Weltanschauung zurück. Man hat im Berliner Gewerkschaftsbauverbandler und Christliche miteinander tagen gesehen. Sie schienen ein einzig Volk von Brüdern.

Heute hält sich der christliche Gewerksverein abseits! Warum? Ist der alte Verband ein anderer geworden? Befehlt bei ihm nicht mehr die Einigkeit, sich mit den Klassengenossen anderer Denkungsart zu gemeinsamen Handeln im Interesse der Gesamtheit zu verbinden? Die Tatsachen widerlegen eine solche Behauptung. Denn der alte Verband geht auch heute mit Hirsch-Dunderberg und Polen gemeinsam vor, und er wäre bereit, morgen auch mit den Christlichen in Reich und Glied zu marschieren, wenn sie nur wollten!

Aber die Führer der Christlichen wollen nicht! Vielleicht auch, sie können und dürfen nicht!

Ihr schlechtes Gewissen gebietet täglich neue Ausreden? Da sind die Lohnverprechungen der Unternehmer! Aber sie sind nicht gehalten worden! Da beschuldigt man die „sozialdemokratischen Gewerkschaften“, sie trieben es zum Streik. Aber kann man einem Menschen mit gesundem Sinnen einreden, ein Feldherr wolle die Schlacht, wenn er Feinde zugleich vor sich und in seinem Rücken weiß? Söhnt man manche Führer der Christlichen, so möchte man zweifeln, ob man Herrn Kirdorf oder einen Arbeitervertreter reden hört. Was sie da erzählen — was ist es anders als das alte Unternehmerräuseln von den betenden, willigen, zufriedenen Arbeitern, die von bösen Menschen verführt und verhetzt werden? Wenigstens so offensündige Unaufrichtigkeiten sollte man vermeiden, wenn man nicht darauf ausgeht, die Gegensätze abtrotzen zu verschärfen. Kommt es zum Streik, so ist es nicht deswegen, weil die Führer dazu heizen, sondern weil die Waffen ihn wollen!

Und warum es in den Massen gärt; sollte auch das den Führern der Christlichen nicht zum Bewußtsein gekommen sein? Seit 1907 haben sich die Lohnverhältnisse verschlechtert, während die Preise aller Lebensbedürfnisse rapide gestiegen sind. Der Jahresverdienst der Bergarbeiter ist seit fünf Jahren um 82 M. gesunken, das Geld hat aber eine geringere Kaufkraft als vor fünf Jahren. Diese Verschlechterung ihrer Lebensverhältnisse, verursacht durch die allgemeine Teuerung, verschärft durch die Sozialpolitik des Zentrums, treibt die Massen zur Abwehr.

Sa aber, so reden sich die Führer der Christlichen weiter aus, der Zeitpunkt sei für einen Streik ungünstig gewählt. Das ist nun wieder eine ganz andere Frage, eine Frage, über die man verschiedener Meinung sein und unter Kameraden im Vertrauen sprechen kann. Aber, wenn die Führer der Christlichen den Zeitpunkt zu einem Streik nicht für günstig halten, ist das ein Grund, vertrauensvolle Aussprache zu vermeiden und die Einigkeit zu durchbrechen? In jeder Gewerkschaft gibt es über die Wahl des Zeitpunkts zur Aktion Meinungsverschiedenheiten, aber man trägt sie sachlich miteinander aus und handelt dann gemeinsam. Sieh aber in der Deffektivität der Kammeraden wahrheitswidrig der Streikbereitschaft bezichtigen und für den Ernstfall mit dem Verrat,

dem Streikbruch, drohen, das heißt doch alles andere, als einen Streik verhindern wollen!

Das einige Unternehmertum spekuliert auf die Uneinigkeit der Arbeiter, die Regierung spekuliert auf sie. Sonst hätten die Unternehmer sich wohl gehütet, gegenüber den Forderungen der Arbeiter in so trasser Weise den Herrenstandpunkt herborzutreten und der Handelsminister Sydow hätte sich nicht auf die Wiederholung der Kapageiphrase beschränken können, wenn es zu einem Streik komme, trage nur die Sozialdemokratie die Schuld. In England, wo die Arbeiter einig sind, interveniert die Regierung zu ihren Gunsten: nicht weil sie will, sondern weil sie muß! Was aber hat die preussische Regierung getan? Sie hat Krefelder Lanzburen nach Herne geschickt, damit sie dort ihre Pferde tanzen lassen! Das Militär rückt an, „arbeitswillige“ Christen zu schämen!

Die Verschiebung des Kampffeldes zugunsten der Arbeiter und ihre Ursache, die seit 1905 grundsätzlich veränderte Haltung der christlichen Gewerkschaftsführer, liegt so offen auf der Hand, daß keine Ausrede die Klarheit dieses Sachverhalts zu verbunkeln imstande ist. Und woher diese veränderte Haltung der Christlichen? Auch sie läßt sich un schwer aus der Verschiebung der inneren Verhältnisse erklären, die in den letzten Jahren im Lager der politischen Katholizismus vor sich gegangen ist. Aus einer Volkspartei, die es niemals war aber doch sein wollte, hat sich das Zentrum zu einer Herrenpartei entwickelt, die neben den Junkern mit scharfmaderischen Mitteln gegen die Bestrebungen der Arbeiterschaft kämpft. Die „Christlichen“, täglich in ihrer Existenz bedroht, wegen der gemäßigten sozialpolitischen Tendenzen, die sie zu besseren Zeiten befundenen, von allen Seiten beargwöhnt, können sich die Erlaubnis zum Dasein nur noch durch äußerstes Wohlverhalten erkaufen. Der Knüttel liegt beim Hund, sagt ein derbes Sprichwort, aber es trifft hier den Kern der Sache. Doch nicht immer heißt alles Verstehen alles Verzeihen.

Man kann die christlichen Gewerkschaftsführer wegen der Konflikte, in die sie geraten sind, menschlich bedauern. Aber man hat keine Zeit, wo es sich in einem drohenden, schweren, vielleicht schon unvermeidlichen Kampfe um Sein oder Nichtsein handelt, bei solchem menschlichen Bedauern sich lange aufzuhalten. Tausendmal höher als die Not und Sorgen einzelner Personen steht die Not des Ganzen, und diese Not fordert gebieterisch Einigkeit! Das Bewußtsein dieser Notwendigkeit lebt in den Massen und wer ihm wiedertrübt, über den werden sie zur Tagesordnung übergehen.

### Der Generalstreik der englischen Bergarbeiter.

Die Erklärung des Premierministers Asquith im Parlament, die mit so großer Spannung erwartet wurde, und von der man eine entscheidende Wendung in dem gewaltigen Kampfe erwartete, hat die Situation unverändert gelassen. Von den Reden, die von Bergarbeiterbeamten gehalten wurden, verdient die des Bürgermeisters Brown, des Sekretärs des schottischen Bergarbeiterverbandes, besondere Erwähnung. Bürgermeister Brown referierte über die Minimallohnbewegung auf einer Konferenz der Bergarbeiter des Lothian-Distrikts. Er führte aus, daß die Regierung nur ihre Zeit vergeudet habe. Die Verhandlungen, die sie eingeleitet, würden trotz aller guten Absicht nur dazu führen, den Kampf zu verlängern. Herr Asquith und andere Minister widmeten ihre Zeit dem Versuch, die Kohlenbesitzer zu überreden, Zugeständnisse zu machen, die, wie sie wissen müßten, von den Bergarbeitern nicht angenommen werden könnten, selbst wenn sie von allen Kohlenbesitzern kämen. Die Bergarbeiter würden unter keinen Umständen zustimmen, daß die Frage der Minimallohne auf schiedsgerichtlichem Wege entschieden werde, da die Minimallohne, die der Regierung unterbreitet wurden, die Löhne seien, die augenblicklich in jedem Distrikt herrschten.

Das ist des Pudels Kern. Auf den ersten Blick mag es unvernünftig scheinen, daß sich die Arbeiter weigern, ihre Minimallohnliste durch ein Schiedsgericht revidieren zu lassen. Wenn man aber bedenkt, daß die geforderten Minimallohne keine willkürlich von den Arbeitern festgesetzten Löhne sind, sondern die herrschenden allgemeinen Distriktsminimallohne, die sich die Arbeiter in Lasten und bitteren Kämpfen errungen haben und die nun in individuelle Minimallohne verwandelt werden sollen, so wird man die Stellungnahme der Arbeiter als ganz natürlich finden.

Allmählich verbreitet sich überall die Erkenntnis, daß der Generalstreik der Bergarbeiter nicht im Handumdrehen wie liberale Organe, ihrer Unlust durch Drohungen aller Art Ausdruck zu geben. Die einen verlangen den Erlaß eines Minimallohngesetzes mit Konfiszierung der Gewerkschaftskassen. Andere wollen das Arbeitsstreitigkeitsgesetz

vom Jahre 1906 aufgehoben wissen. Wieder andere möchten die Arbeitslosen der Städte unter militärischem Schutz in die Bergwerke schicken — ohne Zweifel, um den Wertzen und Totengräbern Arbeit zu verschaffen. Die ministerielle „Daily Chronicle“ kam sogar mit der Drohung, daß die Nation, sollten sich die Bergarbeiter länger weigern, die Vorschläge der Regierung anzunehmen, die Situation un erträglich finden und beschließen werde, daß sich ein Generalstreik der Bergarbeiter nie wieder ereignen sollte; sie würde dann in der Anwendung der Mittel nicht wählerisch sein. Andere dagegen fordern die Verstaatlichung der Bergwerke als das beste Mittel, um die Bergarbeiterbevölkerung zu befriedigen und haltbare Zustände zu schaffen.

Der Generalstreik verursacht bereits eine große Arbeitslosigkeit in anderen Berufen. Wieviel Hunderttausend Arbeiter schon im ganzen Lande arbeitslos geworden sind, ist nicht genau festzustellen. Die Eisenbahnen haben den Verkehr sehr eingeschränkt. In London sind viele der kleineren Stationen ganz geschlossen worden.

Augenblicklich besteht nicht die geringste Aussicht auf eine Beendigung des Streiks. Es besteht vielmehr die Gefahr, daß sich der Kampf auf andere Industrien ausdehnen wird. Sehr leicht können die Transportarbeiter darin verwickelt werden, aber abgesehen von Sympathiestreiks kann die Minimallohnbewegung auch zu ähnlichen Bewegungen in anderen Berufen führen. Dies ist in Wirklichkeit auch schon eingetreten. Die Bäder in Nottingham haben geschlossen. Sie verlangen einen Minimallohn. Etwa die Hälfte der Meister will ihn geben, aber der andere Teil der Meister wehrt sich mit aller Macht gegen den Minimallohn. Die Bäder Nottingham werden heute Samstag die Arbeit einstellen.

Der Vorstand der Bergarbeiterföderation ist wieder nach London zurückgekehrt und hält sich bereit, für Verhandlungen, die die Regierung oder die Unternehmer einzuleiten wünschen. Eine Konferenz der Bergarbeitervertreter, die allein über Frieden oder Krieg zu entscheiden hat, ist nicht anberaumt worden. Die Situation bietet außer dem Umchwung in der Presse, die jetzt die Bergarbeiter aufs heftigste angreift und bedroht, nichts neues. Es verlaute, daß die Regierung den Industrierat beauftragt habe, einen Weg aus der Klemme zu finden. Der Industrierat ist die von der Regierung vor einigen Monaten geschaffene Einrichtung, durch die in wirtschaftlichen Kämpfen die streitenden Parteien zusammengebracht werden sollen. Es gehören ihm Unternehmer- und Arbeitervertreter in gleicher Zahl an. Der Industrierat hält augenblicklich eine Reihe Sitzungen ab, in denen, wie behauptet wird, gebrüht werden soll, ob die von den Bergarbeitern verlangten Minimallohne durch die Verhältnisse in den einzelnen Distrikten gerechtfertigt werden. Auch soll der Industrierat beabsichtigen, beide Parteien aufzufordern, ihm ihre Argumente vorzulegen. Das Urteil des Industrierats soll dann der Regierung als Grundlage für eine erfolgreiche Gesetzgebung oder sonstige Aktion dienen. Was an der Meldung wahr ist, läßt sich nicht ermitteln. Unwahrscheinlich klingt sie nicht. Ein bemerkenswerter Umstand ist, daß sich die zwei Bergarbeitervertreter im Industrierat, das Parlamentsmitglied Burt und der Sekretär der Bergarbeiterföderation Achor noch an keiner der stattgefundenen Sitzungen des Industrierats beteiligt haben.

Telegraphisch wird uns unterm 6. März noch gemeldet: Am 6. März nachmittags sind die Verhandlungen zwischen Regierung und Bergarbeitern wieder aufgenommen worden. Der Vorstand der Föderation hatte eine besondere Unterredung mit dem Premierminister. Auch mit Vertretern der Arbeiterpartei konferierte der Vorstand der Föderation, was zu der Annahme Anlaß gab, daß die Regierung durch die Arbeiterpartei mit der Föderation über die Minimallohngesetzgebung verhandle.

### Bergarbeiterbewegung in Deutschland.

Essen, 8. März. Der Streik auf der Zeche Scharnhorst hält an. Heute fuhr von 1105 Arbeitern unter Tage 86 an. Von den 320 Uebertage-Arbeitern erschienen 176. Gleiwitz (O.-Schl.), 8. März. Eine Lohnbewegung hat plötzlich in Oberschlesien machtvoll eingesetzt. Die christliche, Hirsch-Dunderberg, polnische und sozialdemokratische Gewerksvereine richteten heute eine gemeinsame Eingabe an die Zechenverwaltungen um 15 Prozent Lohnerhöhung. Sonntag werden große Bergarbeiterversammlungen in ganz Oberschlesien abgehalten.

Bochum, 8. März. Bisher sind in Bochum, im Dortmund und Gelsenkirchener Revier 400 Gendarmen und mehrere hundert Polizeibeamte von auswärts zusammengezogen. Heute treffen noch weitere 70 Gendarmen und 200 Schutzleute ein. Die Gendarmen sind für die Krupp'schen Rechen und das Wattenscheider Revier bestimmt.

Seite 8.  
Schlag!  
hnen  
17 Pfg.  
bjen  
19 Pfg.  
nsen  
22 Pfg.  
Geschäft  
lwes  
nstr. 25a  
stein  
nstr. 30  
mann  
r. 34a.  
stiefel  
stiefel  
stiefel  
gegeben. 5863  
ungstafel  
nke 27.  
III, ist eine  
5961  
erwohnung  
und Zubehör  
später zu ver  
in 8. Stad  
neuer Sieg  
ist billig zu  
en Strümpfe  
angenommen.  
he 19. 4. St.  
Plan, gut er  
halten, bill.  
lach, Bäder  
cher  
f  
dlung  
5983  
und  
en,  
hsal  
2 1/2 Uhr.  
eine  
ng  
5971  
ng nach  
e, sowie



nahme Titel V: Heil- und Pflegeanstalten. Wenn wir das vorliegende Budget des Näheren durchgehen, so sehen wir, daß es sich um enorme finanzielle Lasten handelt, die das badische Volk aufzubringen hat. Es ist für die Irrenfürsorge Großes und Gutes geschaffen worden. Die Kommission stellt den Antrag, zu genehmigen: unter Titel XII Heil- und Pflegeanstalten in Ausgabe A, Ordentlicher Etat für ein Jahr der Budgetperiode 1912/13 4 573 300 M., bisheriger Budgetjahre zusammen 2 148 600 M.; Titel V der Einnahmen für 1912 und 1913 3 321 290 M., bisheriger Budgetjahre 2 881 290 M. Die Kommission erhielt auf Ersuchen von der Regierung eine Uebersicht über den Stand der Kranken und des Wartepersonals von 1900 bis 1911. Eine weitere Frage betraf die in Aussicht genommenen Dienstleistungen des Wartepersonals. Die Regierung ließ hierüber eine Antwort an die Kommission gelangen. Erleichterungen in weitem Umfang als die jetzt hinsichtlich des Tagesdienstes und des Dienstes an Sonn- und Feiertagen getroffenen, sind mit Rücksicht auf die Natur des Dienstes und die Bedürfnisse der Kranken nicht möglich. Eine dritte Anfrage betraf die neu eingeführten Ausschüsse des Wartepersonals und die damit gemachten Erfahrungen. In diesem Punkte wurde seitens der Regierung die Einführung der bezeichneten Ausschüsse als Tatsache mitgeteilt, aber auch bemerkt, daß die Kürze der Zeit ein bestimmtes sicheres Erfahrungsergebnis noch nicht ergeben habe. Die Regierung machte sodann noch Mitteilungen über die neue Anstalt in Konstanz, den Kirchenbau der Anstalt Emmendingen und die neu zu errichtende Irrenanstalt bei Mastatt. Auf die Frage, wie hoch sich der Zuschuß der Staatskasse stellen werde, wenn einmal die Mastatter Anstalt zu den bisherigen Anstalten in Betrieb genommen sei, erhielt die Kommission folgende Antwort: „Nach dem Budget für 1912 und 1913 beträgt der Zuschuß der Staatskasse für einen Kranken jährlich 312,22 M. Unter Zugrundelegung dieses Satzes würde der Staat für 5430 Kranke rund 1 695 000 M. jährlich zu leisten haben gegen 1 236 000 M. für 4010 Kranke, welche Zahl den Anforderungen im Budget für 1912/13 zu Grunde liegt. Bei Fortdauer der seitherigen durchschnittlichen jährlichen Zunahme mit 150 Kranken würde sich ein Krankenstand von 5430 Köpfen für das Jahr 1922 ergeben.“ Ein warmes Wort der Anerkennung muß heute auch dem Personal der Anstalten gezollt werden. An die Regierung möchte ich eine Anfrage richten. Auf dem letzten Landtage wurde das Gesetz über die Irrenfürsorge genehmigt. Es wäre wünschenswert zu erfahren, welche Erfahrungen mit dem Gesetze bisher gemacht worden sind. Der Kommission lag die Petition der Stadt Adelsheim vor. Die Petition verlangt, daß die neue Anstalt in Adelsheim errichtet werden soll und wenn dies nicht möglich ist, daß die geplante große Anstalt geteilt und ein Teil derselben nach Adelsheim gelegt wird. Nach dem Standpunkte der Regierung konnte die Kommission zu keinem anderen Antrage kommen, als zu dem, die Petition in dem Sinne der Regierung empfehlend zu überweisen, daß, wenn später der weitere Bau einer Irrenanstalt notwendig werden sollte, in erster Linie das badische Hinterland berücksichtigt wird. Ich schließe mit dem Wunsche, daß die Opfer, welche unser Volk bringt, den Kranken zum Segen gereichen mögen. (Beifall.)

Präsident **Wohrurt**: Es ist ein Antrag der Abgg. Leiser und Genossen eingegangen dahingehend: „Die Unterzeichneten beantragen, die Petition der Stadtgemeinde Adelsheim der Regierung empfehlend zu überweisen.“

Abg. **Schmidt-Karlsruhe** (Zentr.): Für die Geisteskranken müssen wir Opfer bringen und wir bringen diese Opfer auch gerne im Interesse dieser bedauernswerten Menschen. Gegenüber der Petition Adelsheim befinde ich mich in einer schwierigen Lage, denn für die Gemeinden meines Bezirks Muggensturm und Vietigheim ist es ein Opfer, die Anstalt auf ihre Gemarkung zu übernehmen, und ich möchte beinahe wünschen, daß der Antrag Leiser angenommen wird. Der größte Teil der Anstalt kommt auf Gemarkung Muggensturm zu liegen, der kleinere Teil auf Gemarkung Vietigheim. Für die Anstalt zur Verächtlichung hergerichtet. Wie sollte er sie alle widerlegen mit ein paar Sätzen? Wo sollte er anfangen und wo enden? Und er sagte nur: „Der ist schuld an allem.“ Die Richter haben mißbilligend auf ihn heruntergesehen. Es war doch wirklich kläglich, mit solchen Redensarten zu kommen!

Der Verteidiger trat vor. „Man muß die Vorgesichte kennen.“ „Das gehört nicht zur Sadel!“ sagte der Vorfisende. „Das mit der Bürgermeistereiwahl, das hat mit der Tötung des Bierangl nichts zu tun.“ Der Schüller setzte sich wieder. Er mußte es ja! Es war heute wie immer. Sie hörten ihn nicht. Der Morgen darauf versprach wieder schönes Gewetter. Die Baumgipfel im Weblinger Wald waren schon vom Frühlicht beschienen. Da eilten die Leute mit der Arbeit. Solange der Tau auf den Gräsern liegt, ist gut mähen. Trockenes Gras macht die Sense stumpf. Und jeder schwang die Arme schneller und griff weiter aus im Schritt. Als die Sonne über den Hügeln stand, war das meiste geschehen. Der Haberlschneider schulterte die Sense und wartete auf den Zwerger, der den Feldweg herunterkam. „Dös is wieder prächtvoll heunt!“ „Wal's so weitergeht, bring' i de Woch' no mei Heu hoam.“ Bis zum Feldkreuz gingen sie miteinander. Da blieb der Zwerger stehen. „Was sagst denn zum Schüller? Vier Jahr G'fängnis!“ „Daß er nimmer rauskommt, sag' i. Den hat er g'liehert, unser Herr Pfarrer!“ Der Haberlschneider setzte sich bei den Worten auf den Feldrain. Seine jüngste Tochter mußte bald kommen und den Morgentruif bringen. „Den hat er g'liehert!“ wiederholte er. Und er sah nach Erlach hinunter. Da lag das Dorf Haus neben Haus. Aus den Schornsteinen stiegen dünne Rauchsäulen in die Luft. In den Ställen brüllte das Vieh; der Wind trug den Schall herauf. Und jetzt klangen im gleichen Takte starke Hammerläge. Zimmerleute bauten an der Kirche ein hohes Gerüst. Der alte Turm wurde abgebrochen und ein neuer errichtet.

— Ende —

müssen zahlreiche Grundeigentümer ihren Grund und Boden hergeben, verschiedene vollständig, viele die Hälfte oder ein Drittel ihres Besitzes. Das ist etwas Schweres für diese Leute. Sie erhalten ja wohl Geld, aber sie haben keine Gelegenheit, sich wieder Boden zu erwerben. Wir müssen aber die Anstalt hinnehmen. Es besteht nun der Wunsch, daß für das Gelände, das abgetreten werden muß, ein angemessener Preis bezahlt wird. Allgemein ist man der Ansicht, daß die von der Regierung angebotenen Preise zu niedrig sind. Ich möchte die Regierung ersuchen, den bestehenden berechtigten Wünschen entgegenzukommen.

Abg. **Leiser** (natl.): Der Redner hat darauf hingewiesen, daß es für die Gemeinden Muggensturm und Vietigheim ein Opfer sei, die Anstalt zu übernehmen. In dieser Beziehung kann eine Abhilfe getroffen werden, wenn man unseren Antrag, die Anstalt bei Adelsheim zu errichten, annimmt. Wenn Sie diesen Antrag annehmen, dürfen Sie des heißen Dankes der Stadt Adelsheim wie des Baulandes sicher sein. Adelsheim hat für die neue Anstalt zwei ausgezeichnete Plätze. Die Regierung hat die Plätze als zu klein bezeichnet. Das ist nicht guttugend. Adelsheim wäre auch bereit, seine Schulen zu verbessern, wenn es nötig sein sollte. Wie wir gehört haben, sehen die Gemeinden Muggensturm und Vietigheim die Errichtung der Anstalt auf ihren Gemarkungen als ein Opfer für sie an. Wenn man nun weiter sieht, daß Adelsheim bereit ist, die Anstalt zu übernehmen, unter Umständen bei Abgabe freien Geländes so kann die Entscheidung nicht länger fallen. Das Hinterland fühlt sich aus verschiedenen Gründen zurückgesetzt. Man hat es bei der Errichtung des Truppenplatzes übergeben, es hat aber häufig Mäandere und muß die Lasten tragen. Ich möchte bitten, das Hinterland endlich zu berücksichtigen. Deshalb ersuche ich Sie, unseren Antrag anzunehmen.

Abg. **Odenwald** (F. Sp.): Nachdem die Stadtgemeinde Forzheim die alte Anstalt in der Mitte der Stadt so lange Jahre bilden mußte, hätte sie wohl in erster Linie darauf Anspruch machen können, daß die neue Anstalt auf ihrer Gemarkung erstellt wird. Allein, wenn man die vorliegenden Pläne einem Studium unterzogen hat, muß man ersehen, daß ein Areal von mindestens 100 badischen Morgen in Frage kommt, auf dem die Verwaltungsgebäude und im ganzen 52 Familienwohnungen für Beamte, Ärzte und Wärterpersonal, sowie 38 Krankenhäuser erstellt werden sollen, so muß ich zugeben, daß Forzheim ernstlich gar nicht mehr in Frage kommen kann. Es wäre ganz unmöglich, ein solches Areal zusammenzubringen. Als Äquivalent für die Regnahme der Anstalt von Forzheim könnte ich mir nur denken, daß die Regierung das später freiwerdende Gelände der jetzigen Anstalt der Stadt Forzheim zu einem billigen Preise anbietet oder aber, wenn solches nicht bald frei werden sollte, daß die Regierung auf diesem Platze das lang ersehnte Landgerichtsgebäude erstellt. Durch die Einstellung der Mittel für die Vorarbeiten der neuen Anstalt in das Budget könnte man darauf schließen, daß in Wälde die Aufhebung der Forzheimer Anstalt erfolgen wird. Damit wird es aber noch lange dauern. Das Ziel der Aufhebung ist schon dreimal bei anderen Anlässen nicht erreicht worden. Ich habe schon auf dem letzten Landtag ausgeführt, daß das Neuhäuser der Forzheimer Anstalt jeder Beschreibung spottet. Man muß es deshalb bebauern, daß in dem jetzigen Budget keine Mittel angefordert werden für einen neuen Versuch. Ich hoffe, daß dies in einem Nachtrag noch geschieht. Ein Teil der Konstanzener Anstalt kann im Jahre 1913 in Venningen genommen werden. Dort kann dann ein Teil der Kranken der Forzheimer Anstalt Aufnahme finden. Ich bin also der Ansicht, daß man die Anstalt Forzheim schon in zwei Jahren beiseite räumen könnte; dabei würde die Regierung Geld sparen.

Abg. **Rösch** (Soz.):

Den Anforderungen werden wir zustimmen, trotzdem sie Positionen für kirchliche Zwecke enthalten. Wir tun dies, weil die Direktoren der Irrenanstalten diese Einrichtungen als ein notwendiges Inventarstück der Krankenbehandlung ansehen. Unsere Anstalten sind bedeutend überfüllt und wir sehen von Jahr zu Jahr eine Steigerung der Nerven- und Geisteskrankheiten. Das ist ein bedenkliches Zeichen für Staat und Gesellschaft. Wohin soll das in Zukunft führen, wenn die Steigerung in gleichem Maße anhält. Daß die Regierung eine so große Anstalt bauen will, wie jetzt vorgeschlagen wird, zeigt daß sie selbst mit einem Stillstand auf diesem Krankheitsgebiet nicht rechnet. Die Ursachen dieser Erscheinung sind begründet in dem schweren Kampf ums Dasein, dem weite Kreise unseres Volkes ausgegesetzt sind. Dazu kommt die Steigerung der Lebensmittel, welche die Steigerung der Löhne weit überholt hat. Ein weiterer Umstand, der auf die Zunahme der Geisteskrankheiten hinwirkt, ist der Alkoholismus. In dieser Tatsache dürfen wir und die Regierung nicht vorbeigehen. Wir müssen sehen, was zu tun ist und ich bin der Meinung, daß die Regierung viel energischer gegen den Alkoholismus auftreten muß. Die Verwaltungsbeamten müssen angewiesen werden, größere Vorzicht bei der Erteilung von Wirtschaftskonzessionen walten zu lassen. Es muß auch gegen die Gefahr des Alkoholismus vorgegangen werden durch Belehrung, welche schon in den Schulen erteilt wird. Wichtig ist auch, daß die privaten Bestrebungen zur Bekämpfung des Alkoholismus von der Regierung und zwar finanziell unterstützt werden. Es ist an der Zeit, daß die Regierung Maßnahmen ergreift, auch wenn sich der ganze Jort des Alkoholkapitals über seinem Haupte zusammensetzen sollte. Besondere Anerkennung verdienen die Leiter unserer Irrenanstalten. Ich möchte in dieser Beziehung auf einen Mann hinweisen, den Direktor der Anstalt Illenau, Geh. Rat Schüle, der im nächsten Jahre sein goldenes Jubiläum feiern kann. Klagen aus den Kreisen des Personals liegen uns nicht vor. Das zeigt uns, daß die Regierung den im vorigen Jahre geäußerten Wünschen entgegengekommen ist. Zum Schluß möchte ich die Regierung nochmals auffordern, den von mir gegebenen Anregungen zur Bekämpfung des Alkoholismus Folge zu leisten. Sie wird damit dazu beitragen, die Pflichten zu erfüllen, welche wir der menschlichen Gesellschaft schuldig sind.

Abg. **Weißhaupt-Mecklenb.** (natl.) tritt für den Antrag Leiser ein. Bezüglich der Bekämpfung des Alkohols trat er der Auffassung des Abg. Rösch bei. Anderer Ansicht als er ist er aber bezüglich der Errichtung von Kirchen in den Anstalten. Er hält die Kirchen als ein Bedürfnis.

Abg. **Dieterle** (Zentr.): Es hat mit gefreut, daß der Redner die Kirchen als ein Bedürfnis für die Irrenanstalten bezeichnet. Ihm erscheint die Ausgabe für die neue Anstalt viel zu hoch und eine große Belastung für unser Land. Die Regierung möchte er deshalb bitten, das Projekt noch einmal eingehend zu prüfen, ob keine Ersparnisse erzielt werden können.

Abg. **Dr. Vogel-Kastatt** (F. Sp.): Den Ausführungen über die Fürsorge für unsere Irren kann ich mich nur anschließen. Leider komme ich aber nicht zu dem optimistischen Schluß wie der Herr Redner. Wir müssen nach wie vor mit einer Steigerung der Zunahme der Geisteskranken rechnen und deshalb dafür sorgen, daß dieselben ein entsprechendes Unterkommen und genügende Pflege erhalten. Die Bekämpfung der Geisteskrankheit ist eine Aufgabe, für die die Vorbeugung eines der besten Mittel ist. Gleich dem Abg. Rösch halte auch ich die Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs für notwendig. Ich glaube aber, daß er mit seinen Ausführungen offene Türen ein geschoben hat, denn das, was er verlangte, geschieht heute schon. Erfreulicherweise hat die ärztliche Kunst bedeutende Fortschritte gemacht, so daß man mit der Zeit auf ein Nachlassen der Geisteskrankheiten rechnen darf. Dem Abg. Leiser kann ich es lebhaft nachfühlen, daß er es bedauert, wenn seine Bemühungen keinen Erfolg haben. Wenn bei der großen Anstalt etwas für die Stadt Mastatt zu erreichen gewesen wäre, so würde heute auf dem Tische des Hauses eine Petition aus Mastatt neben der aus Adelsheim liegen. Nach Lage der Sache aber mußte man einsehen, daß etwas anderes als die Errichtung einer Anstalt auf Gemarkung Muggensturm nicht zu erreichen war. Wir haben uns deshalb der Allgemeinheit und dem Zwecke der Anstalt untergeordnet. Den Anträge der Kommission wird meine Fraktion zustimmen. Ich hoffe, daß bei der Geländeübertragung die Interessen der Grundeigentümer der in Betracht kommenden Gemeinden Berücksichtigung finden werden.

Abg. **Gef** (Soz.):

schloß sich den Ausführungen des Abg. Odenwald an. Wenn man die Frage aufwirft, was wird geschehen, sobald die Forzheimer Anstalt verlegt ist, so darf man heute schon Erwägungen hierüber anstellen, welche die Beachtung der Regierung finden sollen. Das Gelände muß wieder für öffentliche Zwecke verwendet werden, sei es, daß die Stadt daselbst übernimmt, sei es, daß eine staatliche Anstalt errichtet wird. Der Grund und Boden darf keinesfalls der Privat speculation überlassen werden. Es sollten in dieser Angelegenheit schon jetzt Verhandlungen zwischen der Regierung und der Stadt Forzheim stattfinden. Der Abg. Dieterle hat sich einem schönen Optimismus hingeegeben. Aber bei den heutigen Verhältnissen mit ihrem schweren Existenzkampf wird nicht daran zu denken sein, daß eine Verminderung der Geisteskrankheiten eintritt. Was den Alkoholismus betrifft, so ist derselbe keine Gefahr für den Menschen, nur das Uebermaß und der Mißbrauch ist schädlich. Bezüglich der Betätigung der religiösen Gefühle der Geisteskranken bin ich der Auffassung, daß man dieselbe nicht vernachlässigen darf. Wenn aber hier für eine Kirche in Emmendingen 79 000 M. verlangt werden, so geht das über das hinaus, was uns berechtigt erscheint. (Zwischenruf: Die Summe ist ja schon genehmigt!) Dann erhebe ich post festum Widerspruch gegen diese Position. (Geisterheil.) Im übrigen ist es erfreulich, daß aus den Kreisen des Wartepersonals keine Klagen vorliegen und wir daraus schließen können, daß in den Reihen der Wärter Zufriedenheit herrscht.

Abg. **Vanschied** (Lanf.) empfiehlt die Annahme des Antrags Leiser.

Minister **Frhr. v. Rodman**: Der warmherzige Ton, von dem die Ausführungen des Berichterstatters getragen waren, hat, wie auch in früheren Verhandlungen über die Irrenfürsorge, die Debatte beherrscht. In der Tat handelt es sich hier um einen Akt der Menschlichkeit und da kann man diesen Ton verstehen. Es ist darauf hingewiesen worden, wie stark die Aufgaben auf dem Gebiete der Irrenfürsorge gewachsen sind und wie große Opfer hierfür gefordert werden. Es wurde aber auch anerkannt, daß die Opfer notwendig sind und daß die Aufgabe der neuen Anstalt, vor deren Errichtung wir jetzt gestellt sind, erfüllt werden muß. Nur der Abg. Dieterle war der Ansicht, daß die Anstalt über den Rahmen dessen, was Notwendigkeit und Bedürfnis erfordern, hinausgeht. Er hat zur Sparfamkeit gemahnt. Gerade weil wir diese üben wollen, entschlossen wir uns zu dem Bau einer großen Anstalt. Die Urteile Sachverständiger zeigen uns, daß eine große Anstalt im Interesse der Sparfamkeit liegt. Vom Standpunkte des Psychiaters sind große Anstalten nicht wünschenswert; es ist das Gegenteil, denn er beurteilt die Sache vom idealen Standpunkte aus. Für uns kommt aber auch die finanzielle Lage des Landes in Betracht. Unsere Anstalten sind heute überfüllt. Es ist der Gedanke ausgesprochen worden, mit dem Bau der großen Anstalten noch zuzuwarten. In dieser Beziehung darf ich daran erinnern, daß man früher zu vorsichtig vorgegangen ist und sich vom Jahre 1842 bis zum Jahre 1887 die Zahl der Anstalten eine geringe war. Hätte man früher ein rascheres Tempo bei der Errichtung von Irrenanstalten eingehalten, so würden sich die Kosten nicht auf eine verhältnismäßig kurze Zeit verteilen. Bevor wir uns zu dem Bau der großen Anstalt entschließen, haben wir andere Anstalten durch Sachverständige besichtigen und eine genaue Prüfung der Frage und des uns vorliegenden Materials eintreten lassen. Bezüglich der Wünsche, ob Adelsheim oder Muggensturm, haben wir ein mehrwöchiges Schauspiel erlebt. Wenn man den Abgeordneten aufs Wort glauben sollte, müßte die Anstalt nicht nach Muggensturm, sondern nach Adelsheim kommen. Wenn die Gemeinde Muggensturm Opfer bringen soll, warum wehrt sie sich nicht gegen die Errichtung der Anstalt. Humanitäre Gründe sind es nicht, die für sie in Betracht kommen. Die Gemeinde erhält aber den Vorteil aus der Anlage einer so großen Anstalt und die Grundeigentümer können ihr Gelände bezahlt. Es liegt also gar kein Grund vor, davon zu sprechen, daß hier Opfer gebracht werden. Den Grundeigentümern will die Regierung geben, was ihnen von Rechts wegen zukommt. Die Behauptung, daß das Hinterland als Stiefkind behandelt werde, kann ich nicht unwidersprochen lassen. Nach den gegebenen Verhältnissen können wir die Anstalt im Hinterlande nicht errichten. Ich muß Sie deshalb bitten, den Antrag Leiser abzulehnen. Die Regierung würde nach Sachlage ihm auch nicht entsprechen können, selbst wenn das Haus diesen Antrag annehmen wollte. Was die Anstaltskirche betrifft, so halte ich dieselben für ein unbedingtes Erfordernis für die Irrenanstalten.

Ministerialdirektor **Gladner** gab hierauf eine Darlegung über die Geländefrage bezüglich einer Anstalt in Adelsheim, wo sich das Gelände als unzureichend erwiesen habe, und über den Geländelauf auf Gemarkung Muggensturm.

Nach weiteren kurzen Bemerkungen des Abg. Schmidt-Karlsruhe (Zentr.) und des Ministerialdirektors Gladner, sowie des Präsidenten Wohrurt, der eine irrtümliche Auslegung einer Aeußerung des Ministers von Seiten des Abg. Schmidt richtigstellte, wurde die Sitzung geschlossen.

Nächste Sitzung: Montag 14 Uhr. — Tagesordnung: Fortsetzung der Beratung.

Deutscher Reichstag.

(22. Sitzung.) Berlin, 8. März.

Der Reichstag hat die erneute Wahl des Präsidenten...

Herr Dr. Spahn (Centr.) stellt mit, daß die Budget-Kommission heute Vormittag beschlossen hat, das Plenum um Ueberweisung noch einiger weiterer Titel des Postetats zu ersuchen...

Es folgt die Wahl des Präsidenten. Abgegeben sind 388 Stimmen. Davon erhält Dr. Kämpf 192, Dr. Spahn 187, Graf Schwerin-Löwitz 2, von Hehbrand 2. Die absolute Mehrheit beträgt 192. Darnach ist Dr. Kämpf genau mit der absoluten Mehrheit zum Präsidenten gewählt.

Dr. Kämpf hat die gesamte Linke einschließlich der Sozialdemokraten, für Dr. Spahn die gesamte Rechte mit dem Centrum und Polen gestimmt.

Dr. Kämpf erklärt, daß er die Wahl annehme. (Leb. Beifall auf der Linken.)

Bei der Wahl des ersten Vizepräsidenten werden abgegeben 383 Stimmen. Davon sind 25 ungültig. Es bleiben also 358 gültige Stimmen. Die Mehrheit ist 180. Es haben erhalten Dr. Baasche 197, Scheidemann 165, Dietrich (kons.) 2, Dr. Frank (Soz.) 2, Stadthagen (Soz.) 1, Dr. Sohn 1, Davidjohn 1. Die fortschrittliche Volkspartei hatte mit den Sozialdemokraten für Scheidemann gestimmt, die anderen Parteien für Dr. Baasche. Letzterer ist also zum ersten Vizepräsidenten gewählt. Er erklärt auf die Frage des Präsidenten, daß er die Wahl annehme. (Leb. Beifall links.)

Herr Gröber (Centr.) beantragt eine halbstündige Pause. (Lebhafter Widerspruch der Sozialdemokraten.) Es erheben sich für den Antrag Gröber die Rechte, das Centrum und ein Teil der Nationalliberalen und der Volkspartei.

Der Präsident stellt fest, daß dies die Mehrheit ist. Die Wahl des zweiten Vizepräsidenten wird also auf eine halbe Stunde vertagt.

Präsident Kämpf eröffnet die Sitzung wieder um 1/4 Uhr. Für den zweiten Vizepräsidenten sind abgegeben 378 Stimmen, davon ungültig 18. Es bleiben 360 gültige Stimmen. Die absolute Mehrheit beträgt 181. Es haben erhalten: Dobe (f. Sp.) 209, (Bewegung), Scheidemann (Soz.) 147, Graf Rosadowsky 1, Wasserfmann 1, Dr. Müller-Meiningen 1, Davidjohn 1. Auf die Frage des Präsidenten erklärt Dobe die Wahl anzunehmen. Die Linke nimmt diese Worte mit großem Beifall auf. Für Scheidemann hat mit den Sozialdemokraten die Volkspartei gestimmt für Dobe die Nationalliberalen, die Rechte und das Centrum. Die Polen enthielten sich, wie schon bei der Wahl des ersten Vizepräsidenten der Abstimmung.

Präsident Kämpf macht nun den Vorschlag, in die sachliche Verhandlung nicht mehr einzutreten, sondern zu vertagen.

Dienstag 1 Uhr: Etat des Reichsamts des Innern.

Schluß: 1/5 Uhr.

Zur Präsidentenwahl schreibt die „Frankfurter Zeitung“: Nachdem ein gemischtes Geschäftspräsidium unter Berücksichtigung der Parteistärken nicht möglich geworden war, ergab es sich von selbst, daß die Linke auch die Vizepräsidentenstelle besetzen mußte. Nach den weiteren Bestimmungen ist anzunehmen, daß die Rechtspartei ohne die Erlangung des ersten Präsidentenpostens sich überhaupt nicht am Präsidium beteiligen wollten. Bei den weiteren Bestimmungen haben sie nur noch die Wahl eines sozialdemokratischen Vizepräsidenten verhindert. Das Gegebene wäre die Wahl eines Sozialdemokraten als ersten Vizepräsidenten gewesen. Die fortschrittliche Volkspartei hat demgemäß auch, wie das Abstimmungsergebnis erkennen läßt, wieder für Herrn Scheidemann gestimmt. Die Nationalliberalen aber haben, wie auch vorher nicht mehr zweifelhaft war, infolge der bekannten Auseinandersetzungen sich nicht mehr dazu entschließen können, und so ist der Vertreter Dr. Baasche mit Hilfe der Rechten zum ersten Vizepräsidenten gewählt worden. Diesmal wird er wohl nicht in die Zwangslage versetzt werden, noch nachträglich einen Verzicht aussprechen zu müssen. Die nach diesen Wahlgängen eingetretene Pause in den Abstimmungen ist anscheinend zu neuen Verhandlungen zwischen den Parteien benutzt worden, anscheinend aber auch ohne eine Einigung, sodas abermals die fortschrittliche Volkspartei mit Herrn Dobe hat auszuhalten müssen, gleichwie sie selbst in konsequenter Festhaltung der von ihr vertretenen Verwirklichung aller Linksparteien offenbar auch bei diesem Wahlgange den sozialdemokratischen Vizepräsidenten Scheidemann unterstützt hat.

So ist nach diesem Wahlausgang das Reichstagspräsidium ausschließlich aus Mitgliedern der beiden Parteien der bürgerlichen Linken zusammengesetzt. Eine Mitbeteiligung der Sozialdemokratie würde nach unserer Auffassung nicht nur gerechter, sondern auch erspriechlicher gewesen sein, weil sie für die positive Mitarbeit der Sozialdemokraten eine bessere Gewähr geboten hätte. Wir nehmen aber an, daß auch so diese Mitarbeit nicht verjagt werden wird, da die Sozialdemokratie selbst ein starkes Interesse daran hat, die Arbeitsfähigkeit der links gerichteten Mehrheit zu erweisen. Alle Teile sollten jetzt mitarbeiten, um das, was an Verstimnungen etwa noch übrig geblieben ist, zu beseitigen, damit jetzt mit vereinten Kräften freischwebende Forderungen verwirklicht werden können und den bei den Wahlen errungenen Erfolgen auch positive Fortschritte in der Volksvertretung entsprechen.

Die „Badische Landeszeitung“ schreibt: Die Wahl hat vor allem die große Ueberraschung gebracht, daß der sozialdemokratische Kandidat zwar ausgefallen, daß dafür aber auch kein Vertreter der Rechten in das Präsidium eingerückt ist. Daß das neue Präsidium in seiner rein liberalen und damit einseitigen Zusammensetzung einen sehr schweren Stand gegenüber den Parteien der Rechten und der Sozialdemokratie haben wird, ist leicht vorauszusehen. Und die Gefahr liegt nahe, daß der Reichstag bald wieder vor einer Präsidiumskrise stehen wird.

(Die „Ueberraschung“, daß durch die Feigheit der Liberalen der Sozialdemokrat diesmal „ausgefallen“ ist, war für uns und für alle, die die Vorgänge in den letzten Tagen verfolgten, nicht so groß. D. Red.)

Kommunalpolitik.

Singen (Amt Durlach), 8. März. Bei der gestern stattgefundenen Bürgerauswahl der zweiten Klasse wurden die Kandidaten der Bürgerlichen mit 31-34 Stimmen von 48 abgegebenen Stimmen gewählt. Andere Kandidaten erhielten 18 bzw. 15 Stimmen.

Aus der Partei.

Muffheim, 6. März. Am Sonntag, 10. März, nachmittags halb 8 Uhr, findet im Gasthaus zur „Krone“ eine Versammlung statt. Gen. Leppert-Etlingen wird referieren über das Thema: „Die Sozialdemokratie in Staat und Gemeinde“. Im Hinblick auf die bevorstehenden Gemeindevahlen ist dieser Vortrag sehr aktuell. Gewerkschaftscollegen und Volksfreunde sind eingeladen.

Graben, 8. März. Die Parteigenossen und Volksfreunde werden auch an dieser Stelle nochmals auf den heute Samstag Abend halb 9 Uhr in der „Mehlhof“ stattfindenden Vortrag des Genossen Söhn-Karlstraße mit der Bitte sich recht zahlreich einzufinden. Es wäre Pflicht der Parteigenossen bei beratigen Vorträgen nicht durch Abwesenheit zu gängen, sondern am Platze zu sein, wenn es gilt, sein Wissen zu bereichern. Darum heute Abend, auf zur „Mehlhof“!

Grünwettersbach, 8. März. Seit der letzten Reichstagswahl bemühen sich die Fortschrittler gewaltig auch in unserm Ort die Wähler fortschrittlich einzufinden. Am letzten Donnerstag sind schon einige Fortschrittmänner im „Grünen Baum“ zwecks Gründung eines Vereins zusammengelassen und am morgigen Sonntag soll dann die Vereinsgründung vor sich gehen. Die Fortschrittler haben große Kojinen im Kopf und wollen sogar unter der sozialdemokratischen Anhängerschaft Geschäfte machen. Sie dürften sich aber „schämen“ wie man zu sagen pflegt, denn die Fortschrittler haben sich bei der letzten Wahl durch ihr Eintreten für den Erreaktionären Witzum genügend gekennzeichnet.

Die letzte Reichstagswahl hat für die Sozialdemokratie gute Früchte gezeitigt und das muß für jeden politisch aufgeklärten Wähler ein Ansporn sein, sich der sozialdemokratischen Organisation anzuschließen und nicht der fortschrittlichen Volkspartei.

Gaggenau, 8. März. Die Parteigenossen und Genossen werden auf die am Dienstag, 12. ds. Ms. stattfindende Parteiversammlung aufmerksam gemacht. Genosse Trinks-Karlstraße hat das Referat übernommen. Er wird die verflochtenen Wahlen behandeln und die Vorgänge in den ersten Tagungen des neuen Reichstags politisch beleuchten.

Gewerkschaftliches.

Hafenarbeiterstreik in Bremerhaven. Bei der Firma Hirsch die als Beauftragte des Norddeutschen Lloyd gilt, wurden fortgesetzt Vertrauensleute des Transportarbeiterverbandes gemäßregelt. Da die Firma nun mit Recht erwartete, daß es deshalb zum Streik kommen würde, suchte sie seit gestern in bürgerlichen Zeitungen 300 Arbeiter, die sich kontraktlich auf längere Zeit zur Arbeit verpflichtet hatten. Am Donnerstag stellten daraufhin 7-800 Hafenarbeiter die Arbeit ein. Es handelt sich also eigentlich um einen Streik beim Norddeutschen Lloyd.

Zum Streik auf den Schiffbauwerken. Die von der Firma Schichau-Danzig und Elbing verbreitete Nachricht von der Wiederaufnahme der Arbeit in ihren Betrieben ist unwahr. Wohl haben sich einige Streikbrecher für die Abstellung Kesselbau angesetzt; jedoch ist der gesamte Werksbetrieb vollständig lahmgelegt. Es haben sich bei der Streikkontrolle in Elbing am Freitag 2000 und in Danzig 1200 Mann gemeldet. — Der Kampf dauert ununterbrochen fort.

Die „Christlichen“ verraten die ausgebeuteten Porzellanarbeiter! Die mit ausgesperrt gewesenen Mitglieder des christlichen Keram- und Steinarbeiterverbandes mußten im nördlichen Bayern am Montag die Arbeit wieder aufnehmen, da eine in Marktredwitz stattgefundene Delegiertenversammlung so beschloß. Zur Besöhnung dieses traurigen Streiches veröffentlicht die christliche Organisation in der bürgerlichen Presse eine Erklärung, in der sie — ein dreifacher Spöhl — die Wiederaufnahme der Arbeit als einen Akt der Neutralität im Kampfe zwischen den Porzellan-Industriellen und dem „sozialdemokratischen“ Porzellanarbeiter-Verband bezeichnet!

Aus dem Lande.

Etlingen. Die Gewerkschaftscollegen machen wir nochmals auf die morgen Sonntag halb 4 Uhr im Reichsadler stattfindende Versammlung mit nachfolgender Unterhaltung aufmerksam; bringt eure Frauen mit.

Bruchsal. Sommertagzug. Alles deutet darauf hin, daß der Sommertag nicht mehr allzuferne ist. Geht man durch die Straßen, so kann man hören, daß die Jugend schon tüchtig probt und daß alles gerüstet ist für den Sommertagzug. Derselbe findet am 19. März statt. Wir haben schon früher unseren Standpunkt in dieser Sache kundgegeben, daß dieser Tag insbesondere für die Arbeiterschaft der denkbar ungünstigste ist, aber das Komitee fragt wohl nichts darnach und macht es wie es ihm beliebt. Gerade im letzten Jahr dürfte der Beweis erbracht worden sei, daß ein Sonntag viel geeigneter wäre, was auch im Interesse der Geschäftswelt läge.

Kaisert. In der letzten Vorstellung wurde beschlossen, auch dieses Jahr für die Gewerkschaftsmitglieder einen gemeinsamen Weg von Koflen zu arrangieren. Einzelnahmlisten werden in den nächsten Tagen zirkulieren. Die Mitglieder werden um recht zahlreiche Beteiligung ersucht. Das Verkehrslokal wurde vom Rappen in den Anker verlegt. Grund war, daß die hiesigen beiden Wirte, die ihre Lokale den Gewerkschaften zur Verfügung stellten, mit Militärbofott belegt wurden. Es ist dies wohl ein in Baden einzig dastehender Fall, daß die Militärbehörde schon eine Wirtschaft mit Militärbofott belegt, weil Gewerkschaften in einem Nebenzimmer ihre Versammlungen abhalten. Im wenigstens einen Wirt vom Militärbofott zu befreien wurde deshalb im Einverständnis mit dem Wirt die Lokalverlegung vorgenommen. Die Neuwahlen brachten an Stelle des nach Kanada auswandernden bisherigen ersten Vorsitzenden, Kollegen Rant, Kollegen Moser, Kessler und Schriftführer blieben wie bisher. Unter Vorsitzendem wurde auf Herrn Kaufmann Hagenlocher, Werberstraße, aufmerksam gemacht. Herr Hagenlocher war früher Schreiner in der Waggonfabrik und trat zu Anfang der Landesbewegung in den Verband und auch mit in den Streik. Es war aber einer der ersten der schneeflüchtia wurde. Trodem ihm von der Streikleitung Ar-

beit nachgewiesen wurde, trodem er ledig und in guten pekuniären Verhältnissen war, fiel er seinen Arbeitsbrüdern in den Rücken. Die Arbeiter werden deshalb aufgefordert, aus dem Verhalten des Herrn Hagenlocher die Konsequenzen zu ziehen.

Muffheim, 4. März. Wie rücksichtslos der hiesige Pfarrer gegenüber Wünschen der Arbeiter ist, zeigt nachstehender Fall: Am Freitag, 2. März, wurde ein Mitglied des Arbeiter-Radfahrer-Vereins beerdigt. Da der betr. Verein aus lauter Arbeitern besteht, die auswärts beschäftigt sind, so wurde von den Angehörigen des verstorbenen Mitgliedes gewünscht, daß die Beerdigung so stattfinden soll, daß die Mitglieder keinen allzu großen Arbeitsverlust haben. Der Herr Pfarrer kam aber dem Wunsche der Angehörigen nicht nach, sondern setzte die Beerdigung auf 12 Uhr mittags an. Somit hätten die Arbeiter, wenn sie ihrem Kollegen die letzte Ehre erweisen wollten, einen ganzen Tag opfern müssen. Der Verein ließ dann noch einmal durch ein Mitglied den Herrn Pfarrer bitten, er möge doch Rücksicht auf die Arbeiter nehmen und die Beerdigung so ansetzen, daß sie nur einen halben Tag versäumen müssen. Aber weit gefehlt, unser Mitglied bekam eine andere Antwort, als er erwartet hatte. Die Antwort des Herrn Pfarrers lautete: „So hab ichs angelegt und so bleibts!“ Als unser Mitglied erwiderte, daß wir dann auch nicht in die Kirche gehen werden, antwortete der Herr Pfarrer, „das können Sie halten, wie Sie wollen“.

Wir können nicht verstehen, aus welchem Grunde der Herr Pfarrer der Arbeiterschaft gegenüber eine solche Stellung einnimmt. Oder soll schließlich der Grund darin liegen, weil bei der vorletzigen Beerdigung so schlecht geopfert wurde? Wir sind der Ansicht, daß bei den teuren Verhältnissen, wie sie in Wirklichkeit bestehen, der Arbeiter mit jeder Stunde Zeitverlust zu rechnen hat. Wenn der Herr Pfarrer meinte: „Das können Sie halten, wie Sie wollen“, so werden wir unter diesen Umständen es auch so halten, wie wir wollen. Wer als Diener der christlichen Kirche sollte er dafür sorgen, recht viele Leute in die Kirche zu bekommen. Dieses Verhalten und diese Antwort ist aber nicht dazu geeignet.

Mannheim, 8. März. Im Laufe der heutigen Nacht ist der Rhein um 52 Zentimeter und der Neckar um 22 Zentimeter gestiegen.

Werrheim, 7. März. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich vorgestern Nachmittag in der hiesigen Stadtmühle. Zwei junge Leute, Bedienten in einer hiesigen Metzgerei, sollten Sägemehl holen. Um den etwas weiteren Weg zu sparen, flog der eine über das Triebwerk. Hierbei aber blieb er mit der Schürze hängen und wurde nun von dem Triebwerk erfasst und herumgeschleudert. Sämtliche Kleider wurden ihm vom Körper gerissen und er selbst schwer verletzt. Erst nachdem das Werk abgestellt war, konnte der Unglückliche aus seiner verzwiefelten Lage befreit werden. Die Sanitätskolonne war sofort zur Stelle und verbrachte den Verwundeten in das hiesige Hospital.

St. Blasien, 8. März. Fünf Bürgchen, von denen vier noch schulpflichtig sind, verübten vor einigen Tagen in der gegenwärtig geschlossenen Villa Tirpich einen Einbruch. Sie hatten sämtliche Räume der Villa durchsucht, die Kisten erbrochen und durchwühlt. Besonders im Arbeitszimmer des Admirals Tirpich hatten sie schändlich gehaust; der Schreibtisch war erbrochen, die Beschläge heruntergerissen und ein Aufsatz vollständig zertrümmert; auch hatten sie die Räume verunreinigt. Den jugendlichen Einbrechern wurden noch weitere Diebstähle nachgewiesen, die sie in zwei den Winter ebenfalls unbewohnten Villen verübt hatten. — In Hausen schossen anlässlich des Friedensfestes zwei 18jährige Burchen mit einem Böller. Vorzeitig entlud sich ein Schuß, wodurch dem einen Burchen die linke Hand vollständig und an der rechten zwei Finger abgerissen wurden, während der andere Burche schwere Verletzungen im Gesicht erlitt.

Pfullendorf, 8. März. In Ostrach hantierte der 13jäh. Sohn des Küfermeisters Nassal mit einer Terzerol. Die Waffe entlud sich und die Kugel drang dem Knaben in den Unterleib. An dem Aufkommen des Jungen wird gezweifelt.

Aus der Stadt.

Karlstraße, 9. März.

Bürgerauswahlung.

Eine freudige Ueberraschung erfuhren unsere Stadtverordneten beim Betreten des Sitzungssaales. Vor ihren Stühlen standen lange Reihen Tische. Der Saal sieht doch wenigstens jetzt wie ein Sitzungssaal aus, allerdings das Wort „Sitzung“ ist zweideutig. Gestern konnte man das Wort wieder in seiner unangenehmen Bedeutung anwenden. Es war wieder eine „Sitzung“, eine Daueritzung. Den Herren Stadtverordneten gefiel es anscheinend an ihren neuen Tischen so gut, daß sie am liebsten gar nicht mehr aufgestanden wären. Es erweckt das böse Verpöfchen für die kommende Voranschlagsberatung. Unsere Freude über die schönen Tische war bald verschwunden. Als der Zeiger der Uhr auf 7 rückte, da waren wir zu der Ueberzeugung gekommen, daß das Aufstellen der Tische ein Fehler war. Wenn der Stadtrat etwas hätte tun wollen, dann wäre es das einzig Richtige gewesen das war um halb 8 Uhr unsere Ueberzeugung —, wenn er keine Tische aufgestellt hätte, sondern statt dessen noch die Stühle entfernt hätte. Wir sind überzeugt, diese ewige, lange und nutzlose Rederei hätte dann bald ein Ende gehabt. Man kann sagen, es wird hier geradezu ein Unfug getrieben mit dem Reden. Ist es denn absolut nötig, daß, wenn eine Fraktion einstimmig zustimmt, noch extra ein Fraktionsredner eine große Rede losläßt? Man merkte es den Stadtverordneten, die die Ehre hatten, von ihrer Fraktion als Redner bestimmt zu werden, förmlich an, wie sie sich zu Hause abgequält hatten, um mehr sagen zu können, als nur die 4 Worte: „Meine Fraktion stimmt zu.“ „Das paßt sich doch nicht“, daß man nur eine gewöhnliche Zustimmungserklärung gibt. Natürlich „lauer“ten die Gegner dann auf irgend ein ihnen unangenehmes Wort oder Ansich, um sich dann sofort mit Wucht und Pathos auf diese hochbedeutende Materie zu stürzen. Und so floß Redebächlein neben Redebächlein, die selbst auch dann nicht aufhörten zu fließen, als der Oberbürgermeister die erfreuliche Mitteilung machte, daß um halb 8 Uhr in dem Saale ein Vortrag stattfinden sollte. Die Vorlagen wurden alle einstimmig angenommen. Erfreulich ist, daß bei der Vorlage „Gleisverlegung am Kaiserplatz“ nun



# Modehaus Hugo Landauer

Sonntag, den 10. März von 11 bis 1 Uhr

sind meine Verkaufsräume lediglich zum  
Zwecke freier Besichtigung geöffnet.

Ein Verkauf findet an diesem Tage noch nicht statt.

Von 11 bis 1 Uhr  
**Streich-Konzert**  
der Artillerie-Kapelle unter Lei-  
tung des Herrn Obermusikmeisters  
Schotte.

5987

Volksfreundleser berücksichtigt bei Eueren Einkäufen in erster Linie die  
in unserem Blatte inserierenden Geschäfte.

Den Empfang sämtlicher

## Frühjahrs-Neuheiten

in

### Damen- und Kinder- Konfektion

zeige hiermit an.

5991

Durch bedeutende Vergrößerung  
meiner Lokalitäten bin ich im stande,  
die denkbar grösste Auswahl zu bieten.

Beachten Sie bitte meine Schaufenster.

 **Frau M. Eisenhardt**  
Karlsruhe Kaiserstr. Ecke Adlerstr.



### Preiswerte Herren- u. Knaben- Bekleidung

in bester Vollendung.

Unser Lager in

### Herren- u. Knaben-Anzügen

sind mit den letzten Neuheiten für die Frühjahrs-  
Saison ausgestattet. 5996  
Das Lager ist enorm gross, Schnitt und Passform  
sind vorzüglich und bietet unsere bessere Kon-  
fektion vollständigen Ersatz für Mass.

In allen Grössen am Lager

**Herren-Anzüge**, 1 und 2-reihig von 12 bis 68 Mk.  
**Ulster, Bozener Mäntel** . . . von 14 bis 65 Mk.  
**Knaben-Anzüge** . . . . . von 3 bis 25 Mk.  
**Konfirmanden- und Kommunikanten-Anzüge**  
von 10 bis 40 Mk.

Alle sonstigen Berufs- und Arbeits-Kleider  
zu den denkbar billigsten Preisen.

### Ornstein & Schwarz

Karlsruhe, Ecke Kaiser- und Kreuzstrasse.  
Grösstes Kaufhaus  
für elegante fertige Herren- und Knaben-Bekleidung.

Schillerstrasse 22  Ecke Goethestrasse

### Metropol-Theater

Von Samstag, den 9., bis inkl. Dienstag, den 12. März 1912

unter anderem:

Der grosse nordische Kunstfilm

### Indisches Blut

Drama in 2 Akten.

Die Hauptdarsteller sind erste nordische Künstler, und

der neueste Asta-Nielsen-Film

### Die arme Jenny

Volksdrama in 3 Akten.

In Szene gesetzt von Urban Gad. 5994

Haltestelle der Strassenbahnlinie „Kühler Krug“.

### Heinrich Klumpp

Karlsruhe.

Büro für Inkasso, Rechts- und Verwaltungs-Sachen  
Arrangements, Sanierungen jeder Art

Telephon 1178 (Bonning)

Bureau:

Amalienstr. 55

Wohnung:

Hübschstr. 26

### Kaiser-Kino am Durlacher Tor

Programme vom 9. bis inkl. 12. März 1912.

### Das Todesschiff.

Tragödie in 2 Akten.  
Regie Alfred Lind (Regisseur von Abgründe I sowie  
Vier Teufel).

Taragano. Reizendes Naturbild.

Willy als Zechpreller. Lachen ohne Ende.

### 1000 Mark Belohnung.

Spannendes Wild-West-Drama.

Lemke als Klavierstimmer. Humoristisch.

Werktags grosse Schlager als Einlage.



Neu eröffnet!



# Schuhhaus H. Stern

Kriegstrasse 24, gegenüber Hauptbahnhof.

## Damen-Stiefel

## Herren-Stiefel

moderne Formen — gute Qualitäten

- M 6.75
- 7.50
- 8.50
- 10.50
- 12.50

**:: Sie finden sicher ::**  
schon beim ersten Versuch, dass unsere Qualitäten und Formen Ihre Ansprüche befriedigen. =

- M 6.75
- 7.50
- 8.50
- 10.50
- 12.50

# Konfirmanden-Stiefel

nur neue Formen in grosser Auswahl enorm billig.

5996

Karlsruhe  
Ecke Adlerstrasse.



Kaiserstr. 115.  
— Telephon 2556. —

In Empfehlung bringen wir unser grosses Lager in

# Konfirmanden- u. Kommunikanten-Anzüge



Massanfertigung ohne wesentliche Preiserhöhung.

Tiefschwarz, blau und dunkelgemustert, in einfachen, modernen und modernsten Macharten.

Unsere Anzüge haben vorzüglichen Schnitt und sind mit prima Näharbeit und Zutaten versehen.

Fachmännische und gewissenhafte Bedienung — Auswahlendungen nach auswärts bei Referenzaufgabe.

Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins

Billige, aber feste Preise.

## Spezial-Haus

### Damen-, Mädchen- und Kinder-Hüte

empfehlte seine Neuheiten für Frühjahr und Sommer

# S. Rosenbusch

137 Kaiserstrasse 137.

Beachten Sie meine Auslagen.



(E. V.) 6001  
Heute im Klubhaus  
**Vereinsabend.**  
Sonntag den 10. März 1912:  
**Fussball-Übung**  
für 1., 4., 5. und A. II. Mannschaft. Beginn 2 Uhr.  
2. und 3. Mannsch. in Durlach. Beginn 2 bzw. 3 1/2 Uhr (Viktoriaplatz).

### Pfänderversteigerung.

Am Mittwoch, 20. März, vormittags von 9 Uhr und nachmittags von 2 Uhr an, findet im Versteigerungslokal des Leihhauses: Schwabenstr. 6, 2. Stock, die öffentliche Versteigerung der verfallenen Pfänder Nr. 15 837 bis mit Nr. 18 575 gegen Barzahlung statt. Das Versteigerungslokal wird 1/2 Stunde vor Versteigerungsbeginn geöffnet. Die Masse bleibt am Versteigerungstag sowie am Nachmittags des vorhergehenden Tages geschlossen. 5976  
Karlsruhe, 9. März 1912.  
Stadt. Pfandleihkasse.

### Billig zu verkaufen:

Gute polierte Bettstelle, Post wie neu, Obermatratze, Polster ganz neu, 80 M., gute Rohhaarmatratze wie neu, rot-roja 32 M., Kanapee neubes. 22 M., Küchentisch 2.50 M. 6003  
Körnerstr. 30, im Hof.

**Gasherd** 2-Flamm. mit Unterplatte ist billig zu verk. Nebenstr. 12, IV. r.

**Sportwagen** schöner, vollständig zusammenlegbar zu verkaufen bei Friedrich, Kaiserstr. 177, S. 4.

**Lackier-Anstalt** in Troden-Ofen 2, 3/200/1,80 m mit sämtlichem Werkstoffinventar sofort billig zu vermieten oder zu verkaufen. Rüd. Belfortstr. 15. 6002

Bei dem unterzeichneten Amt ist die nichtetatmäßige Stelle eines

### Bauingenieurs

alsbald zu befehlen. Bewerber, die über abgeschlossene Hochschulbildung verfügen müssen, wollen ihre Bewerbungen mit Lebenslauf, Zeugnissen und Angabe der Gehaltsansprüche längstens bis zum 15. März ds. Js. bei uns einreichen. 5916  
Karlsruhe, den 2. März 1912  
Städtisches Tiefbauamt.

## Sanften, langanhaltenden Schnitt

garantiert meine Spezialmarke  
**Hummel-Rasiermesser**  
In allen Breiten vorrätig!  
Alle Rasiermesser werden bei mir sorgfältig fachgemäß geschliffen mit Garantie für guten Schnitt. Versand nach auswärts

**Karl Hummel, Werderstr. 13**  
Telephon No. 1547. 17

## Konfirmanden-Stiefel

in großer Auswahl von 5.75—13.— M.  
Ferner: Herren-, Damen- und Kinder-Stiefel in allen Preislagen in bekannt nur guten Qualitäten und besten Fabformen empfiehlt

**Ludwig Betsche, Hblandastraße 35**  
(Nähe Sofienstr.).

— Vollständig von A—Z ist erschienen: —

**Meyers** Sechste, gänzlich neubearbeitete und vermehrte Auflage  
**Grosses Konversations-Lexikon**  
Ober 150,000 Artikel und Verweisungen, 16,800 Abbildungen, 1525 Tafeln  
20 Bände in Halbleder gebunden zu je 10 Mark  
Prospekte und Probehefte liefert jede Buchhandlung  
Verlag des Bibliographischen Instituts in Leipzig

### Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Beaufgebote vom 8. März: Stefan Fuchs von Wöschbach, Bahnarbeiter hier, mit Helene Schweiß von Dörschach, 306; Cichorius von Leipzig, Zahntechniker hier, mit Elisabeth Preuer von Köln-Rippes, Ludw. Reiss von Baden, Effelmaier hier, mit Wilhelmine Morlod Witwe von Wöschbach, Johannes v. d. Heide von Wittenberg, Sergeant hier, mit Aiena Bieber von hier, Ludw. Käfer von Mönchweiler, Bahnarbeiter hier, mit Friederich Maier von Siedolsheim.

# Fahrräder Fahrradteile

bei reeller Bedienung zu billigsten Preisen in bester Qualität.  
Spezialität: Herren-, Damen- u. Knabenräder (je nach Vereifung) von Mk. 62.50 an  
Pfeil-Räder in Spezial-Ausstattung von Mk. 98.50 an.

Schläuche	Decken	Bergreife
ohne Garantie M 2.15	ohne Garantie M 2.15	ohne Garantie M 4.50
3 Monate Garantie " 2.45	3 Monate Garantie " 3.90	6 Monate Garantie " 6.75
6 " " " 3.10	6 " " " 4.70	12 " " " 8.50
12 " " " 4.25	12 " " " 5.90	Stollenreife " 8.50
Laternen von " 0.90 an	Schutzbleche " 0.80	Stollengebirgsreife " 10.—
Sättel von " 2.25	Kleiderreize " 0.76	
Felgen von " 1.00	Bremsgummi " 0.15 und " 0.10	
Pedale von " 1.70	Pedalgummi " 0.10	
Ketten von " 1.30		
Schlosser von " 0.20		
Engl. Schlüssel " 0.60		

Ferner empfehle Original Pfeil- und Raumanns Germania-Fahrräder in bekannt vorzüglicher Ausführung.  
Pfaff- und Phönix-Nähmaschinen.  
Reparaturwerkstätte. 5881

**Georg Mappes** nur Karl Friedrichstrasse 20  
Telef. 2264. Telef. 2264.

# ERÖFFNUNG



MEINER  
GESCHÄFTSRÄUME  
in dem Hause der früheren Firma  
SIMON MODEL  
KAISERSTRASSE 145  
findet Montag den 11. März  
Nachmittags 4 Uhr  
statt.

HUGO MODEHAUS  
LANDAUER.

Dr.

Ausgabe  
Abonnen  
75 Pf.  
abgeholt  
2,10 M.

Zusdruc

Inse  
sammen

K

Nach  
losigkeit  
Stelle d  
fidium  
Stimme  
wird mit  
identen  
Stimme  
Scheiden  
demofra  
Nach ein  
geliebet  
den bür  
den, oh  
mit den  
gegen  
tion,  
schen au  
gewählt  
wie viel  
ihm ab  
flörten,  
schritt  
seiten d  
würde.

Der  
und we  
erklärt  
fidalen  
das ist  
daran

Die  
wahrlich  
entfidei  
geahnt.  
schwarz  
und ein  
lich sich  
so begg  
Kämpf  
hängen  
fenzgei  
mehr a  
und all  
unsich  
wenn  
zusamm  
Einsti

Nach  
zum ei  
nallibe  
nosfen  
nallibe  
die Me  
nallibe  
als G  
den sch  
ledig  
Die M  
auf, u  
klar,  
Schwa  
Sozial  
teien  
ralen  
und d  
wäre  
wenn  
So bl  
da wo  
dern  
gebra  
Spiel  
B  
finden  
überh  
397  
Aus  
ist de  
42 M